

11. XII. 1917

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szász eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Referenten: Peter Mihályi, Ladislaus Hamerberg, Géza Koványi.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Bekere, die Minister Graf Tisza, Graf Serényi, Baron Szurmay, Agron, Greszák, Graf Apponyi.

Präsident unterbreitet dem Hause die in den Beschlüssen bereits mitgeteilte Dankbescheide des Erzherzogs Max auf die telegraphische Begrüßung anlässlich seiner Vermählung, die zur Kenntnis genommen wird.

Abgeordneter Madár Sedona hat, da er zum Obergespan der Stadt Miskolc ernannt wurde, auf sein Mandat verzichtet. Das Präsidium wird betraut, die Verfügungen zur Ausschreibung der Neuwahl zu treffen.

Präsident unterbreitet das Mandat des neuergewählten Abgeordneten Johann Szigei, sowie die übrigen Einläufe und teilt mit, daß die Abgeordneten Deiber Polónyi und Ernst Csérmák dringende Interpellationen an den Ministerpräsidenten angemeldet, Ivan Kolobský und Graf Csérmák um die Bewilligung angefragt haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen.

Der Referent des Finanzausschusses

Abgeordneter Samuel Balonji

unterbreitet die Berichte des Ausschusses über die provisorische Verlängerung der Geltungsdauer der verschiedenen Handelsverträge und über die Verlängerung der Konzessionsdauer der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Seiner Anfrage gemäß spricht das Haus für diese Gesetzesentwürfe die Dringlichkeit aus.

Abgeordneter Árpád Galassy legt hierauf den Eib als Mitglied der VII. Gerichtskommision ab. Vor der Tagesordnung ergreift

Abgeordneter Zwan Kolobský (Partei der nationalen Arbeit)

das Wort. Er will die Aufmerksamkeit des Hauses auf die jüngsten Vorfälle in der Gasversorgung der Hauptstadt lenken. Eine derart wichtige, folgenschwere Frage muß kalblütig, ohne jede Leidenschaftlichkeit behandelt werden, daher will Redner sich auf die trockene Registrierung der Tatsachen beschränken.

Kurz nach seinem Amtsantritt hat der Handelsminister Graf Serényi am 14. Juli in einem Interview erklärt, daß die Versorgung mit Kohle besser vor sich gehen werde als im Vorjahre. Kurz nach dieser Erklärung kamen aber schon die Kämpfe der landwirtschaftlichen Kreise um die Beschaffung der Düngstoffe, ihnen folgten die Klagen der Industrieunternehmungen über Kohlenmangel und zahlreiche Betriebe mußten für Tage und Wochen die Arbeit einstellen.

Zum Herbstbeginn kam dann die trostlose mühselige Jagd des Publikums nach Heizkohle. Am 28. Oktober gab der Handelsminister abermals eine besorgniserregende Erklärung ab — und einige Wochen darauf er

wachte die Bevölkerung der Hauptstadt zu der Tatsache, daß die Gasfabrik ihren Betrieb einzustellen, beziehungsweise derart einzuschränken gezwungen war, daß der Privatkonsum gänzlich ohne Gas steht. In dieser schwierigen Lage kommt nun eine Flut von Erklärungen und Komunikés des Staatssekretärs Elemér Pantos, der Direktion der Gasfabrik, des hauptstädtischen Gasbetriebes, die alle durch einander direkt widersprechende Behauptungen die Verantwortung vor sich abwälzen wollen, und nur die Kohlenkommission schweigt.

Mit diesen hauptsächlich Ereignissen schreiten noch beachtenswerte Nebenerscheinungen parallel einher. Der Leiter des gemeinsamen Ernährungsamtes General v. Landwehr läßt sich mit Umgehung der ungarischen Regierung die Lage direkt vom Gasbetrieb erklären und verpricht die schnellste Beseitigung der wahrgenommenen Mängel. Dieses rasche, offene, solbatische Vorgehen verpflichtet die Bevölkerung der Hauptstadt zum größten Danke, dem Redner auch hier Ausdruck gibt; vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte aber müßten gerade die die Regierung unterstützenden Parteien, die so peinlich über die gemeinsamen Angelegenheiten machen, die Verantwortlichkeit dessen erwägen, daß es zu einem solchen Schritte kommen mußte.

Der Präsident der Kohlenkommission hat seinerseits erklärt, daß die Kommission alles aufgehen habe, um die Elektrizitätsbetriebe vor einer ähnlichen Unannehmlichkeit zu bewahren, woraus man unwillkürlich folgern muß, daß wir uns auch vor der Gefahr befinden, in der Hauptstadt in Valde auch ohne Elektrizität, ohne Kerzen und ohne Petroleum zu stehen. Die Jenkur endlich erteilt den Beschlüssen die Bewilligung, die Gasfrage nicht mit dem Kohlenmangel in Verbindung zu bringen.

Diese Frage kann nicht als einfache Bequemlichkeitsfrage hingestellt werden. Das Aufhören der Gasbereitstellung für den Privatkonsum hat außerordentlich schmerzhafte, bedenkliche Folgen für die wissenschaftlichen Laboratorien, für unzählige mit Motorkraft arbeitende Mittel- und Kleinbetriebe — darunter auch die Presse, deren Sechsmaschinen ohne Gas zur Ruhe gezwungen sind — und für unzählige Familienhaushalte, die auf Gasbeleuchtung, Gasheizung und Gaskochen eingerichtet sind. Wenn der Handelsminister im Sommer und auch noch vor kurzem die Frage der Kohlenversorgung als besser gelöst erklärte, warum hat er die weitere Leitung dieser Angelegenheit aus der Hand gegeben und sie dem Staatssekretär Elemér Pantos übertragen, der die Möglichkeit der günstigen Lösung nicht kennt oder nicht sieht? Jemand muß schließlich für diese Verhältnisse verantwortlich sein. Die Sache läßt sich nicht mit der einfachen Abwälzung der Verantwortung erledigen. Die Bevölkerung der Hauptstadt hat das Recht, von der Regierung zu erwarten, daß sie feststelle, wer die Verantwortung

trägt, und daß sie die betreffende Person auch streng zur Verantwortung ziehe, und zugleich, daß der Herr Handelsminister hier im Hause offen erkläre, was er zu tun beabsichtigt, damit die heutige Lage sanfter werde und sich nicht wiederholen könne. Redner erwartet in beiden Richtungen offene Aufklärungen vom Minister. (Zustimmung rechts.)

Handelsminister Graf Béla Serényi:

Ich bitte die Lage richtig zu erkennen und den Ernst der Situation zu würdigen. Wenn wir die Worte des Herrn Abgeordneten über die Kohlenfrage im Frieden vernommen hätten, so hätten wir sie gebilligt und honoriert; heute im vierten Kriegsjahr ist es zu bedenken, daß Ungarn ein kohlenarmes Land ist, daß wir jedes Stückchen Gas Kohle importieren müssen. Es ist wirklich nicht am Platze, heute so zu sprechen. (Widerpruch und Bewegung rechts.) Im vierten Kriegsjahre muß das jeder ernst denkende Mensch einsehen.

Ich möchte hier keine ziffermäßigen Daten anführen, weil dies von verschiedenen Gesichtspunkten nicht erwünscht ist... Abgeordneter Alfred Pál: Sie kennen sie gar nicht! (Heiterkeit.)

Handelsminister Graf Béla Serényi: Die Budapest Gasfabriken hatten einen fünfjährigen Vorrat. Der Direktor der Gasfabrik hat mich wiederholt ersucht, bei der Kohlenkommission dahin zu wirken, daß die Gasfabriken Kohle erhalten. Die bezüglichen Verfügungen wurden getroffen. Allein infolge der Kriegslage, des Aufmarsches im Winter und der großen Inanspruchnahme der Bahnen von Nordosten nach Südwesten sind Schwierigkeiten entstanden. Auf den Bahnliniten, die auch die Gas Kohle passiert, haben sich der Waggomangel, Stauungen und andere ähnliche Mißstände gezeigt, was zur Kohlenknappheit führte. Der deutsche Reichskommissar für Kohle hat schon auf die allgemeine Kohlenknappheit in Mitteleuropa verwiesen, und wiederholt sind ähnliche Mißstände bei Berlin, in Graz, in Mödling vorgekommen, tagelang waren dort in der Gasproduktion Störungen, ähnliche wie bei uns. Alle diese Erscheinungen sind natürliche Folgen des Krieges, den wir ohne solche Störungen nicht beenden können.

Abgeordneter Ludwig Holló: Es wird noch schlimmer kommen!

Handelsminister Graf Béla Serényi (fortfahrend): Seine Erklärungen in der Frage der Kohlenversorgung habe er auf Grund christlicher Abkommen mit Oesterreich und Deutschland gemacht, als er sagte, daß die Kohlenversorgung ohne größere Störungen vor sich gehen werde, falls keine besonderen Schwierigkeiten in der Lieferung eintreten. Wir müssen ein Drittel unseres Gesamtbedarfes importieren, es heißt also unter den reduzierten, erschweren Produktionsverhältnissen sich große Einschränkungen auferlegen. Redner war bestrebt, die Produktion der heimischen Kohlenbergwerke nach Möglichkeit zu fördern, indem er für die Freigabe der Kohlengrubenarbeiter beim Kriegsministerium eingetreten ist... (Zwischenruf: Das hat man schon früher getan)... möglich, Redner will dieses Verdienst der Initiative gern seinem Amtsvorgänger überlassen, er selbst habe die Sache eifrig betrieben, um die Kohlenproduktion zu steigern.

Die behauerten Vorfälle in Budapest sind auf einen technischen Fehler zurückzuführen. Ob die chemischen Analysen der Gasfabrik gut oder unrichtig waren, wird morgen oder übermorgen festgestellt werden; gewiß ist bloß, daß in die Retorten ungeeignete Kohle eingefüllt wurde, wodurch diese Retorten verstopft und die Gasproduktion unmöglich gemacht wurde. Hoffentlich wird dieses Uebel in einigen Tagen behoben sein.

Redner habe bei der Kohlenkommission Verfügungen getroffen, daß alle Betriebe, die für primäre Lebensmittelbedürfnisse sorgen, Mühlen, Gasfabriken, Beleuchtungsanlagen genügende Kohlenvorräte zugewiesen erhalten. Alle anderen Betriebe werden erst dann mit der notwendigen Kohle versehen werden können.

Was die Kohlenversorgung der Bevölkerung betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß die Einführung von Kohlenarten nur dort möglich ist, wo man diese auch honorieren kann. Wir in Ungarn produzieren wenig Kohle und sind somit nicht in der Lage, eine solche Maßregel durchzuführen. Wir müßten dafür sorgen, daß die armen Volksklassen mit Kohle versorgt werden. Ungefähr 200.000 Familien haben Kohlenarten bekommen, die ihnen 50 Kilogramm Kohle für zehn Tage sichern. Die größeren Haushaltungen werden in den aller nächsten Tagen je drei Meterzentner zugewiesen erhalten.

Die Lage im Hinblick auf Kohle und Leuchtgas ist sehr kritisch. Die Bevölkerung muß hier die größte Sparlichkeit üben. In der Hauptstadt sehen wir leider das gerade Gegenteil; es sei hier darauf verwiesen, daß die geplante Verfügung der fünf-Uhr-Sperre wurde; Deputationen kamen zum Redner und ersuchten ihn, die Sperre, wenigstens bis nach Neujahr, unverändert zu belassen. Es sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß nach Neujahr der Redner nicht mehr in der Lage sein wird, eine Sinanschiebung der Sperre zu bewerkstelligen.

Wir müssen zusammenarbeiten, denn nur so und durch große Sparlichkeit können wir die kritischen Zeiten überwinden. Jedermann, die große Offenheit, die Presse und das Parlament müssen auf diesem Gebiete zusammenwirken. Wenn keine größeren Schwierigkeiten auftreten, wenn wir keine Schneestürme bekommen, so wird es gelingen, die wichtigsten Betriebe mit der notwendigen Kohle zu versehen.

Abgeordneter Ernst Csérmák:

Graf Stefan Tisza hat jüngst im Hause erklärt, der Obergespan des Komitats Hont habe die Oberstaatsrichter aufgefordert, von den Mitgliedern des Ministerrats Ausschuss, vornehmlich von den Vertretern der Unabhängigkeitspartei zu beschaffen. Redner war Leiter des Organisationskomitees der Unabhängigkeitspartei im Komitat, kann also mit Recht erklären, daß Graf Tisza durchaus falsch informiert war. Es geschah nichts anderes, als daß man bei den Komitatsberatern Einladungen einlegte, über ihr der neuen Regierung gegenüber zu besorgenes Verhalten; von einer Beeinflussung, gar von Zwang war nicht die Rede. Durch eine Reihe von Beispielen sucht Redner darzutun, daß die Arbeitspartei, als sie am Ruder war, mit ihren politischen Gegnern weitaus weniger mild umsprang.

Präsident stellt hierauf den Tagesordnungsantrag, der angenommen wird.

Folgen die dringlichen Interpellationen.

Abgeordneter Dr. Deiber Polónyi:

Zu den Blutopfern des Weltkrieges hat Ungarn, das bei in der Delegation jünger der gemeinsame Kriegsminister selbst angegeben, über seine Verpflichtung hinaus beigetragen.

Schon kurz nach Kriegsbeginn war es klar, daß die riesigen russischen Armeen nicht hätten aufgehalten werden können ohne die Opfergaben der ungarischen Soldaten. Ohne diesen Heroismus von Ungarns Soldaten hätte der Krieg einen von dem heutigen gar verläufig genommen. Hierin findet Redner auch die Erklärung es so unerschrocken erwaschten Passes der Tschechen Vaterland; hatten doch dessen Söhne durch ihre heldenhafte Haltung die Verwirklichung der tschechischen Hoffnungen auf den Weg der Russen geleitet. Aus eigener Erfahrung weiß Redner, daß zur Eisenbahnsicherung zu den Betrieben und Anstalten im Hinterlande fast ausschließlich Soldaten österreichischer Staatsbürgerschaft verwendet werden; im Hinterlande jenseits wie diesseits der Leitha war bei den Truppen sojuzagen nur die deutsche Sprache zu vernehmen, je näher man aber der Front kam, wo immer sie sich auch befand, um so auffallender war das Vorherrschende ungarischer Laute. Das muß Redner feststellen, ohne im geringsten das prächtige Verhalten gewisser österreichischer Truppenkörper, zumal der Tiroler und Steirer, unterschätzen zu wollen. Eine durchaus nicht ungarfreundliche Tendenz walte auch bei den Enthobenen, die ebenso mild und wohlwollend in Oesterreich wie einherzig, schon den Lebensnerv der Nation berührend in Ungarn gehandhabt werden; dies zeigt sich in der verblüffend geringen Zahl der zu Hauptleuten ernannten ungarischen Landsturmbereitungen, während sie in Oesterreich en masse vorgezogen sind, gleichgültig ob sie nur Brüden bewachen oder an der Front stehen; in dem Umfange, daß seit langen Jahren nur österreichische Staatsbürger das Amt des gemeinsamen Kriegskommissars bekleideten usw. Im G.-A. XII: 1867 ist die gemeinsame Verteidigung der beiden Staaten der Monarchie geregelt, das Recht Ungarns zur Festsetzung der Zahl der von ihm zu stellenden Rekruten klar ausgesprochen; dieses Recht der Nation wurde umgangen, indem man österreichische Truppen mit ungarischen Soldaten auffüllte. Auch ist in Oesterreich im Laufe des Krieges eine lange Reihe von Inzestitionen bleibenden Charakters auf militärische, also gemeinliche Rechnung gemacht worden, so Erweiterung von Eisenbahnstationen, Bau zweiter Geleise, Errichtung großer Sanitätsanstalten. Auf Pola allein wurden Milliarden verausgabt. Von alledem ist in Ungarn nichts zu finden. Wiltun sieht sich Redner veranlaßt, folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten zu richten:

1. Ist die Regierung geneigt, zu verfügen, daß die vielen ungarischen Staatsbürger, die auch derzeit über das im Wehrgezei festgestellte Verhältnis hinaus Militärdienst leisten, sofort beurlaubt werden?

2. Ist die Regierung geneigt, genaue Daten zu beschaffen und dem Hause vorzulegen über die Zahl der Enthobenen in Oesterreich und in Ungarn?

3. Ist die Regierung bereit, detaillierte Aufklärungen zu geben, in welchem Verhältnis die Kriegsausgaben für Inzestitionen dauernden Charakters in Oesterreich und in Ungarn verwendet werden?

4. Hat die Regierung Baron Alexander Szurmay:

Ich will zunächst auf einige allgemeine Bemerkungen des Abgeordneten Polónyi reflektieren. Er hat in seinen Ausführungen die Einrückungen unserer Armeen in Felde und im Hinterlande so hingestellt, als ob in den ersten Linien ausschließlich ungarische Truppen wären und als ob wir, je weiter wir uns dem Hinterlande nähern, die ungarische Sprache immer seltener hören würden. Ich habe 27 Monate an der Front gedient und weile jetzt seit einem halben Jahre in der Heimat. Ich fühle mich demnach berufen, diese Angaben des Abgeordneten Polónyi zu widerlegen. Würde sich die Sache so verhalten, dann hätten sämtliche Hüftkörper der Armeen einer Neuorganisation unterzogen werden müssen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Die Zusammenfügung sämtlicher Divisionen ist dieselbe, wie in der ersten Zeit des Krieges; es gibt auch heute dieselben aus Oesterreich sich ergänzenden Divisionen wie damals. Überall, wo es ungarische Truppen gibt, gibt es auch weiter hinten ungarische Spitäler, ungarische Erholungshäuser, ungarische Militärheime; denn würde man dort nicht ungarisch sprechen, so könnten diese Institutionen ihren Beruf nicht erfüllen. Es gibt vielleicht in den ungarischen Stationen hier und da Leute, die nur deutsch sprechen, ebenso dürfte es auch in Oesterreich Leute geben, die nur die ungarische Sprache beherrschen.

Was den ersten Punkt der Interpellation betrifft, so ist es richtig, daß Ungarn in die Reihen der kämpfenden Armeen mehr Leute entsendet hat als Oesterreich. In erster Reihe ist das auf die Genehmigung der ungarischen Geheggebung zurückzuführen, denn die ungarische Geheggebung hat die Bewilligung dazu erteilt, die aus Galizien und der Bukowina sich rekrutierenden Regimenter durch ungarische Truppen zu ergänzen. Das ergibt an und für sich schon ein Plus.

Abgeordneter Géza Polónyi: In Oesterreich taute damals der Reichsrat nicht! Man erbrachte auch kein diesbezügliches Gehe!

Domdechant Baron Alexander Szurmay: Der Herr Abgeordnete hat mich nicht verstanden. Als die Russen einen Teil Galiziens und der Bukowina eroberten, mußten die dort stehenden Regimenter ergänzt werden. G.-A. III: 1915 gestattete nun, daß wir diese Regimenter durch ungarische Mannschaften ergänzen.

Abgeordneter Géza Polónyi: Das Verhältnis haben wir aber nicht abgeändert. (Lärm.)

Domdechant Baron Alexander Szurmay: Ich bitte um Verzeihung. Hätten wir die ungarischen Regimenter nicht ergänzt? (Lärm.) Eine andere wichtige Ursache dafür, daß aus den Reihen der Ungarn mehr Leute in den ersten Linien kämpften, besteht ebenfalls auf geistlicher Grundlage. Wir Ungarn haben, Gott sei Dank, mehr taugliche Männer als die österreichischen Provinzen, vielleicht, weil unsere Rasse als die österreichischen Provinzen, vielleicht, weil unsere Rasse zu dieser Zeit blühender Leute, die über das Kontingent hinaus tauglich sind, als überzählig in die Ersatzreserve eingereiht werden. Da es nun in Ungarn mehr taugliche Leute gibt als in Oesterreich, gelangen mehr Leute in die Ersatzreserve. (Bewegung links.) Wenn wir nun das Verhältnis dieser Wehrleistung in Betracht ziehen — Zahlen laßt ich aus naheliegenden Gründen nicht angeben, sondern ich spreche nur vom Prozentfuß —, so kann ich als Grundlage des Vergleichs die Gesamtbevölkerung nehmen, wie es der Herr Abgeordnete vorhin getan hat. Eine gerechtere Grundlage bildet aber der Prozentfuß der männlichen Bevölkerung zwischen 18 und 50 Jahren, denn aus dieser Bevölkerung rekrutiert sich eigentlich das Heer. Wenn ich nun den Verlust an Menschen, den Oesterreich infolge der russischen Invasion erlitten hat und der festgesetzt ist, in Rechnung ziehe, dann stellt sich das Verhältnis folgen-

dermaßen: Aus den Sändern der ungarischen heiligen Krone gingen von hundert zwischen 18 und 50 Jahren stehenden Männern 44-95 Prozent an die Front, was soviel bedeutet, daß Ungarn ein um 167 Prozent höheres Kontingent geliefert hat als Oesterreich. Wieviel das in Zahlen ausgedrückt beträgt, dafür gibt es verschiedene Berechnungsgrundlagen. Entweder berechne ich so: Wenn wir soviel gegeben haben, wieviel hätte Oesterreich geben müssen, wenn wir diesen Prozentfuß als Grundlage nehmen? Oder wir können auch sagen: Ungarn hat soviel gegeben, wieviel hätte Oesterreich noch geben, wenn wir nach dem vormaligen Prozentfuß rechneten? Bitte ja nicht zu glauben, daß die ungarische Regierung in dieser Angelegenheit nichts getan hat. Wir haben sowohl beim Armeekorpskommando, wie beim Kriegsministerium Schritte unternommen, daß dieses Verhältnis allmählich beseitigt werde. Ich stelle fest, daß diese unsere Schritte schon bisher von Erfolg gekrönt waren, da mehrere Bataillone, die sich aus Ungarn ergänzen und die an der Front waren, bereits abgerüstet worden sind, das heißt, sie brauchen nicht mehr ergänzt zu werden, während von Seiten Oesterreichs mehrere solcher Bataillone schon in die erste Linie eingeteilt worden sind.

Was die zweite Frage des Herrn Abgeordneten betrifft, so kann ich erklären, daß die Frage der Enthebungen eine der schwierigsten Sorgen der Regierung bildet und daß wir alles unternommen haben, damit je mehr Leute enthoben werden. Wir müssen leider auch in dieser Frage mit der größten Strenge vorgehen, und ich bin gezwungen, schon jetzt zu erklären, daß weitere Verschärfungen notwendig sind. Selbstverständlich sind wir stets darauf bedacht, daß auch das Hinterland des Menschenmaterials bedarf, Ungarn in erster Reihe, im Interesse der Landwirtschaft. Wir kennen jedoch die Bedürfnisse des ungarischen Volkes zum Boden und wissen, daß es, wenn es noch so schwer fallen wird, den Boden bebauen wird. Wir werden auch dafür sorgen, daß das Militär auch in der Zukunft wie in der Vergangenheit, vielleicht noch in gesteigertem Maße, an der Feldarbeit teilnehme. Leider kann ich derzeit Daten über die Zahl der Enthobenen in Ungarn und in Oesterreich nicht vorlegen. Die Revision ist seit Juni noch im Gange, sie ist noch nicht abgeschlossen, und ich werde nur dann in der Lage sein, diese Frage des Herrn Abgeordneten zu beantworten, wenn diese Revision abgeschlossen sein werden. Schon jetzt kann ich jedoch mitteilen, daß in der nächsten Zeit die Enthobenen der jüngsten Jahrgänge außer Kraft gesetzt werden, alle Enthobenen ohne Ausnahme. So dürften aller Wahrscheinlichkeit nach im Monat März alle Enthobenen vom 19. bis zum 24. Lebensjahr einberufen werden.

Géza Polónyi: Auch in Oesterreich?

Domdechant Baron Alexander Szurmay: Selbstverständlich. In demselben Termin, dieselben Altersklassen, ohne Ausnahme.

Abgeordneter Árpád Galassy: Wer wird die zufführenden Kriegesgefangenen bei den landwirtschaftlichen Arbeiten einsetzen?

Domdechant Baron Alexander Szurmay: Diese Frage wird besonders geregelt werden. Was den dritten Punkt der Interpellation betrifft, so bin ich zu meinem Bedauern ebenfalls nicht in der Lage, in diesem Richtung genaue Daten vorlegen zu können. Wahrscheinlich wird dies erst nach dem Kriege möglich werden. Ich bitte meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Interpellant und das Haus nehmen die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Abgeordneter Ernst Csérmák (Apponyipartei)

belangt die unhaltbare Lage, in der sich die aus Frankreich nach der Schweiz gebrachten Zivilinternierten befinden. In Frankreich standen die Internierten anfangs unter strenger militärischer Aufsicht, später wurden sie unter die Aufsicht der Zivilbehörden gestellt, worauf ihre Lage sich einigermassen besserte. Trotzdem waren wir bestrebt, diese Internierten nach der neutralen Schweiz bringen zu lassen. Dort aber hat sich ihre Lage wieder verschlimmert. Sie stehen wieder unter militärischer Kontrolle, unter der unmittelbaren Aufsicht von deutschen Unteroffizieren, die sie wie dem Mannschafsstände angehörig behandeln. Diese Behandlung ist für die zahlreichen, zum Teil den Intelligenzberufen angehörigen Internierten eine sehr drückende. Die Zivilinternierten sollten wohl auch in der Schweiz unter die Aufsicht der Zivilbehörden gestellt werden. In der Erwartung, daß die Regierung diesen Verhältnissen abhelfen werde, richtet Redner folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

1. Hat der Herr Ministerpräsident davon Kenntnis, daß in der Schweiz die internierten ungarischen Staatsbürger unter militärischer Aufsicht und unter einem deutschen Kommando stehen, als dem Mannschafsstände zugehörig behandelt werden und daß die unbemittelten Internierten ihre Verpflegung nicht verbessern können?

2. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, diese Lage zu untersuchen und die erforderlichen Schritte in der Richtung einzuleiten, daß die Internierten unter die Aufsicht der Zivilbehörden gestellt werden, daß ihre Lage ihren sozialen Stellung entsprechen geregelt werde und daß den unbemittelten Internierten Selbstunterstützungen zugewiesen werden?

Ministerpräsident Dr. Alexander Bekere

ist über die vom Redner beklagten Mißstände nicht informiert. Er hat keine Kenntnis davon, daß man mit unseren Internierten in der Schweiz in unerwünschter Weise umgeht. Es überraschen ihn die Ausführungen des interpellierenden Abgeordneten um so mehr, da unser Gesandter in der Schweiz die Sache der Internierten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und er sendet auch oft Berichte. Aus den bisher eingelangten Berichten habe Redner nichts Derartiges bemerkt überhaupt keine Klagen vernommen. Der Interpellant möge überzeugt sein, daß Redner dieser Sache dringend nachgeht und seine Verfügungen treffen wolle.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen.

Nach Authentifizierung des Protokolls wird die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Dienstag, um 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Die Gesetzesentwürfe über die Handelsvertragsprovisionen und über die Verlängerung des Privilegs der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.